Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 67 (1975)

Heft: 10

Artikel: Irans Gewerkschaften

Autor: Fischer, Alfred Joachim

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354762

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Irans Gewerkschaften

Alfred Joachim Fischer

Wie ein Veilchen, das im Verborgenen blüht, toleriert der Iran eine Art Gewerkschaftsbewegung. Gleich allen politischen und sozialen Organisationen wird sie nach patriarchalischen Traditionen vom Staat gelenkt. Vorerst ist an eine echte Machtentfaltung nicht zu denken. Vielmehr spielen auch die Gewerkschaften in dem kunstvoll geknüpften «Teile-und-Herrsche-Netz» des Schahs als uneingeschränktem Herrscher nur genau die ihnen zugedachte Rolle. Da aber die Industrialisierung dieses «westasiatischen Japan» überraschend schnell fortschreitet, könnten die Geister, die man rief, über ihre heute schwächliche Position eines Tages geradezu zwangsläufig hinauswachsen.

Unter Mohammed Mossadeq, Ministerpräsident und Inspirator der «Nationalen Front» existierte eine *«Zentrale Arbeiterföderation»*. Da der meist vom Bett aus im Pyjama regierende und seine Besucher durch Tränenströme in Verlegenheit bringende Regierungschef für viele Massnahmen die Unterstützung der kommunistischen Tudeh- oder Massenpartei und anderer Linkskreise brauchte, verfolgte er auch den Gewerkschaften gegenüber eine wohlwollende Haltung. Mit Hilfe des CIA kam es 1953 zu seiner Absetzung. An erster Stelle war sie einer völlig verfehlten Ölstrategie zuzuschreiben. Der Schah kehrte aus seinem neuntägigen Exil zurück. Seither steht er allen marxistischen und überhaupt sozialistischen Ideen noch negativer gegenüber als zuvor.

Mossadeqs Gewerkschaftsverband wurde vom Schah aufgelöst und stattdessen die *«Iranische Arbeiterorganisation»* geschaffen. Selbstverständlich muss sie die Verfassung und die Monarchie bejahen und, was ihr nicht schwerfällt, auch die sogenannte «Weisse Revolution», deren Kernstück eine weitgehende Bodenreform war. Die damit verbundene Entfeudalisierung sowie eine noch weniger wirtschaftliche als gesellschaftliche Befreiung des Bauern gehörten wieder ins sorgfältig kalkulierte Machtkonzept von Schah Mohammed Reza.

Linkspolitische Ziele sind innerhalb der Landbevölkerung und der Arbeiterschaft kaum vorhanden und bleiben vorerst auf die Intellektuellen beschränkt. Aus dieser Schicht kommen auch die Saboteure, Terroristen und gelegentliche Attentäter, die mehrfach die Ermordung und einmal die Entführung der Kaiserfamilie versuchten. Ob die *Bauern und Arbeiter* ihre eher lethargische Haltung allerdings angesichts eines schrittweisen Rückgangs des Analphabetismus und entsprechender besserer Allgemeinbildung auf die Dauer beibehalten werden, ist zweifelhaft. Die Vermögens-, Einkommens- und Besitzschichtung bleibt zu unterschiedlich und be-

deutet eine grosse gesellschaftliche Gefahr. Trotz offensichtlicher Zunahme eines gesunden Mittelstandes gibt es bei ungerechter Steuergesetzgebung weiterhin Schlösser aus Tausend und einer Nacht und primitivste überfüllte Lehmhütten, kassieren einzelne Iraner umgerechnet 50 000 Franken Profit täglich und beträgt der Mindestlohn gerade 200 Rials oder acht Franken.
Die «Iranische Arbeiterorganisation» spannt sich wie ein locker gehaltener Schirm über die siebzehn Arbeiterföderationen und *620 Einzelgewerkschaften.* Laut meist nicht ganz zuverlässiger amtlicher Verlautbarungen! Diese offizielle Statistik nennt auch die vermutlich etwas hochgegriffene Zahl von insgesamt zwei Millionen Mitgliedern. Tatsächlich handelt es sich oft mehr um geschlossene Belegschaftsbeitritte als individuelle Entscheidungen. Sowohl der «Zentralverband» wie sämtliche ihm angeschlossene Föderationen unterhalten ihr Hauptquartier im selben Haus. Bisher haben sie es noch nicht mal zu einem eigenen Presseorgan gebracht.
Als Generalsekretär der «Iranischen Arbeiterorganisation» fungiert Abdulwahib Kia-Kojury. Ursprünglich war er Beamter des Arbeitsministeriums und wurde später Abgeordneter der grossen «Iran Novin Partei», an deren Spitze der Ministerpräsident Amir Abbas Hoveyda stand. Zunächst war ihr die «Iranische Arbeiterorganisation» angeschlossen. Dann wurde das von oben her eher entmutigt, ausgenommen bestimmte Schlüsselpersönlichkeiten. Nunmehr ist wieder eine veränderte Lage entstanden. Die neue Einheits- oder «Nationale Auferstehungs-(Rastakhiz)-Partei (Generalsekretär ist Hoveyda) soll sämtliche politischen und gesellschaftlichen Organisationen unter ihre Fittiche nehmen. Da werden die Gewerkschaften keine Ausnahme bilden können. Vom Schah ist die «Rastakhiz-Partei» als eine gesamtnationale Plattform ins Leben gerufen worden. Wer nicht mitmachen will – und da sind wohl an erster Stelle die Angehörigen der illegalen Tudeh-Partei gemeint – dem schlug er die Auswanderung vor.
Mitglieder der «Iranischen Arbeiterorganisation» und ihrer Zweigverbände brauchen *keine Beiträge* zu entrichten. Ein psychologischer Fehler, denn im Orient hat nur das einen Wert, wofür man auch etwas bezahlen muss! Von der Regierung wird besonderer Wert auf die Wahl der gewerkschaftlichen Repräsentanten gelegt. Gemäss dem «Iran Almanach» sind es 2240. Kandidaten, die dem Regime illoyal gegenüberstehen, schalten aus.
Mit am gewerkschaftsbewusstesten sind die Arbeiter der elitären *Ölindustrie*. Sie bilden gleich zwei der siebzehn Föderationen. Auch die textil-, fleisch- und milchverarbeitenden Industrien sowie die Bäckereien stellen relativ gut funktionierende Verbände. Hingegen ist die Stahl- und Kupferproduktion noch zu neu, um auf gewerkschaftlicher Ebene schon effektiv wirksam zu werden. Hier ergeben sich allerdings grosse Zukunftsmöglichkeiten. Allein das von den

Sowjets unweit der alten Kulturstadt Isfahan und mit iranischem Erdgas bezahlte Mammutstahlwerk beschäftigt rund 40 000 Menschen.
Landarbeiter, das weitaus grösste Kontingent, werden gewerkschaftlich nicht erfasst und sind, genau wie die kleinen Bauern, die sozial benachteiligten und am schlechtesten verdienenden Stiefkinder der Nation.

Für die *materielle Besserstellung der Arbeiterschaft* zeigt die machtvolle staatliche Wirtschaft (Öl, Stahl, Kupfer, Rüstungen, Petrochemie, einige der Textilfabriken, mehrere Hotels usw.) grössere Sympathien. Das gilt auch für soziale Einrichtungen. Beispielsweise unterhält die Ölindustrie gute und billige Kantinen, sogar ein wohlfunktionierendes, komfortables Ferienheim in Mahmud Abad am Kaspischen Meer für ihre Arbeiter und Angestellten und ein angeschlossenes Jugendlager.
Je grösser ein Unternehmen, desto mehr Vergünstigungen erfreuen sich auch werdende und junge Mütter. Die mehrheitlich kleineren Firmen bringen dieses Verständnis nur selten auf. Hingegen beschäftigen sie oft, Schutzgesetze hin und her, Kinder beiderlei Geschlechts schon vom zehnten oder zwölften Lebensjahr an. Religiöse Schwierigkeiten gibt es kaum. Wer die vorgeschriebenen muslimischen Gebetsübungen während der Arbeitszeit verrichten will, kann das unbehindert tun.
Private Unternehmer haben sich in den «Kammern für Bergwerke und Industrie» zusammengeschlossen und sind weit mehr auf Profite und gegen höhere Löhne und gesellschaftliche Privilegien der Belegschaft eingestellt als das in traditionellen Industriestaaten noch der Fall zu sein pflegt.

Experten vergleichen die *kollektiven Tarifverhandlungen* mit einem dreibeinigen Sessel. Jeweils erfolgen sie zwischen Vertretern der lokalen Firma, der lokalen Betriebsgewerkschaft (also nicht auf nationaler oder mindestens regionaler Basis) und einem Regierungsinspektor. Letzterer hat praktisch Vermittlungs- und Schlichtungsbefugnisse. Also liegt bei ihm das eigentliche Schwergewicht. – Kürzlich riet der Schah den Westmächten, sie sollten versuchen, weniger Arbeitsstunden durch Streiks zu verlieren, erkannte aber gleichzeitig diese Waffe der Arbeiterschaft als letztmögliches Kampfmittel an. Im Iran wird sie sehr selten gezückt und widerspricht ja auch dem behördlichen Vermittlungs- und Schlichtungsprinzip. Findet doch mal ein Streik statt, dann dringt davon wenig in die Öffentlichkeit. Selbst ausländische Diplomaten erfahren es meist erst Monate später und dann durch Zufall. Letztes Wort hat wieder der Regierungsinspektor. Aber auch die Unternehmer spüren die lenkende und manchmal drückende Hand des Vaters Staat. Preissteigerungen müssen vom Kontrollrat genehmigt werden.

Nicht selten empfiehlt er ihnen, mindestens noch ein Jahr länger zu warten.
Sieht man einmal von der Ölindustrie mit ihrer aufgeklärten Geschäftsführung ab, so weiss das Arbeitsministerium sehr genau, dass die Arbeiter über ihre Rechte und die betreffenden Gesetze unzureichend informiert sind. Deswegen reicht es ihnen eine helfende Hand. Das *«Institut für Arbeit und soziale Angelegenheiten»* veranstaltet Kurse für Gewerkschaftsrepräsentanten über Hygiene, industrielle Sicherheit – sehr viel Unfälle am Arbeitsplatz – und sogar Familienplanung.
Amit Hassan Moini, der etwa fünfzigjährige Arbeitsminister, der in den USA studiert hatte, erstrebt eine *Reform* der vor zehn Jahren erlassenen *Arbeitsgesetze,* weil sie hinter der rapiden wirtschaftlichen und industriellen Expansion einherhinken. Nach belgischem und französischem Vorbild sollen die sozialen Vorteile erweitert werden.
Im Iran herrscht ein empfindlicher *Mangel an Fachkräften*. Unter dem Patronat der Regierung kommt diese Tatsache der Verhandlungsposition der Gewerkschaftsvertreter zugute. So bringt es ein erstklassig geschulter Vorarbeiter in der Ölindustrie immerhin auf 500–600 Rials (20–24 Franken) täglich, bei einer 48-Stunden-Woche, ein guter Facharbeiter 400–500 Rials. In der Stahlindustrie liegen die Lohnsätze ähnlich. Bauarbeiter verdienen 250–300 Rials pro Tag. Demnach bekommen sie einen Lohn, der 50 bis 100 Rials über dem Mindestlohn liegt. Erfreulicherweise muss er immer seltener akzeptiert werden. All diese *Löhne* sind nach europäischen Massstäben niedrig, liegen aber weit über dem Durchschnitt der Nachbarländer. Sehr oft stammen die Bauarbeiter vom Land und lassen ihre Familien zurück. Während des langen tropischen Sommers schlafen sie, in eine Decke gehüllt, auf der Baustelle. Kaum einer weiss, was der Begriff Freizeitgestaltung bedeutet. Selbst der Vormittag des Freitag – offizieller muslimischer Wochenfeiertag – wird durchgearbeitet. Die Bauindustrie mit ihrem ans Phantastische grenzenden Boom steht vor schwierigen Problemen. Seit die Regierung den Preis für Zement reduziert hat, wird er auf dem legalen Markt rar. Privilegierte Industriearbeiter haben längere Ferien und erhalten auch Anleihen zum Ankauf von Grundstücken und Häusern. Jedoch ist ein grosszügiger sozialer Wohnungsbau durch die astronomischen Bodenpreise vorerst nicht durchführbar.
Bekanntlich pflegt der Iran seine *Fünfjahrespläne* nicht den verfügbaren menschlichen Reserven anzupassen. So liegt das jährliche Neuangebot um die 300 000, was innert fünf Jahren 1 500 000 ausmachen würde. Vorgesehen sind jedoch innerhalb dieses halben Jahrzehnts 3,2 Millionen neue Arbeitskräfte. Um ein beachtliches Mehr zu erreichen, müsste auch die Zahl der Gewerbeschulen weit stärker zunehmen. Oft jagt man die Mädchen und jungen Männer

durch überhetzte Kurse. Daraus ergeben sich später Lücken, die psychologisch nachwirken und die Arbeitsmoral nicht fördern. Zwar gibt es immer noch hervorragende Handwerker, hingegen keine eigentliche Lehrlingsausbildung.
Allzuviele erlernen ihren Beruf erst an der Maschine, was unter anderem zu einer so hohen Zahl der *Unfälle am Arbeitsplatz* führt. Hier ergibt sich eine gefährliche Illusion. Technologie bedeutet halt nicht nur neueste, teuerste und oft komplizierteste Maschinen und Geräte, sondern setzt auch ihre Beherrschung voraus. Vernünftig ist die Idee der iranischen Regierung, nur solche fremde Investoren für «Joint Ventures» zuzulassen, die das «Know-how» mitbringen. Sie sollen systematisch technische Schulung bieten und nach und nach die ausländischen Fachleute durch angelernte Iraner ersetzen. Vorerst sind nur die glänzend bezahlten Führungskräfte ausgezeichnet; in den mittleren und unteren Rängen hapert es. Hinderlich ist schliesslich eine schleppende, korrupte und unfähige Bürokratie.
Obgleich die traditionsbewussten Iraner *Gastarbeiter* nicht sonderlich schätzen, sind sie unentbehrlich geworden. Seltsamerweise zieht man Inder, Filipinos und Südkoreaner den benachbarten, gleichfalls muslimischen und eher anpassungsfähigen Türken vor.
Begrüssenswert ist die Idee einer *Profitbeteiligung der iranischen Arbeiter*. Geringere Gegenliebe findet ein anderer Plan. Private industrielle Unternehmen sollen zu 49 Prozent und die staatlichen, ausgenommen die Schlüssel- und Rüstungsindustrien, sogar zu 99 Prozent «Volksaktionäre» beteiligen. Bevorzugt werden die Betriebsangehörigen. Mit dem einen Prozent will sich der etatistische Wirtschaftssektor, obgleich das den internationalen Regeln widerspricht, die Fortführung der Wirtschaftkontrolle sichern. Bei der Privatwirtschaft entfällt durch das Mehrheitsverhältnis 51:49 eine effektive Mitbestimmung der neuen «Teilhaber» automatisch. Nun, das ganze Schema verfolgt zwei vordergründige Zwecke. Es soll einer neuen Vermögensverteilung und der Inflationsbekämpfung dienen. Aktien mit wechselnden Kursen sind dem Durchschnittsiraner jedoch nicht recht geheuer und für ihn im Grunde ein Fetzen Papier. Lieber gibt er sein Geld schon für ein Auto, ein Motorrad oder einen Fernsehapparat aus.